

Wolfgang Fritz Haug

Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei

I.

Die rot-grüne Regierung ist gescheitert. Ihr Untergang hat den Aufstieg der Linkspartei möglich gemacht. Diese hat fürs Erste ihre vier Hauptziele erreicht: In Fraktionsstärke ist sie in den Bundestag eingezogen, mit mehr Sitzen als die Grünen; sie hat wesentlich dazu beigetragen, den schwarzgelben Block zu verhindern; die rot-grüne »Hartz«-Koalition eines etwas sozialeren Neoliberalismus ist abgewählt; den von Rot-Grün Enttäuschten aber ist eine demokratische Alternative geboten und damit der Zuwachs der Neofaschisten gestoppt worden, die den Protest gegen soziale Ungerechtigkeit in nationalistischen Fremdenhass zu verwandeln trachten.

Die Zusammensetzung der Links-Wählerschaft gibt Anlass zur Hoffnung. Die beiden Altersextreme Jungwähler und Rentner sind mit je 8 Prozent gleich gut vertreten und liegen nur leicht unterm Gesamtdurchschnitt. Die Arbeitslosen aber haben die Linkspartei zu 25 Prozent und bisherige Nichtwähler, die es jetzt an die Urnen gezogen hat, zu 55 Prozent gewählt. Sie hat also Hunderttausenden das Gefühl gegeben, doch nicht völlig machtlos zu sein. Tatsächlich sind in Erwartung der Wahlen die Depressionswerte der Deutschen auf die Hälfte gesunken, was der Psychiater Fritz Simon mit einem Schwinden der Ohnmachtsgefühle erklärt. Die Wahl der Linkspartei/PDS habe wie ein Antidepressivum gewirkt: »Oskar Lafontaine konkurriert mit der Pharmaindustrie« (FAZ, 16.9.05, 14).

»Die Kräfteverhältnisse sind auf eine Weise in Bewegung gekommen«, schrieben wir vor einem Jahr, »die das Parteiensystem aufbrechen könnte.«¹ Nun ist es so weit. Das Spiel der alternierenden Machtblöcke ist aufgebrochen, und die schlecht verhüllte Ratlosigkeit der »Politiker«, deren Berufsname sich »allmählich in ein Schimpfwort« verwandelt (Noelle), bietet das Material zu einem öffentlichen Lehrstück.

Wenn die Exponenten der organisatorisch erst noch zu schaffenden Linkspartei sich als lernfähig erweisen und weiterhin so geistesgegenwärtig handeln, wie sie es beim Wahrnehmen dieser geschichtlichen Chance getan haben, werden sie den neugewonnenen Platz im Parteiensystem auf Dauer behaupten. Damit werden die sozial Schwachen und die sozialistisch Problem- und Verantwortungsbewussten und damit auch die Kritik des Kapitalismus und die Suche nach einer Alternative parlamentarischen Ausdruck gefunden haben. Im Zusammenspiel mit – und vor allem angetrieben von – der sozialen »Bewegung der Bewegungen« könnte sie die Kräfteverhältnisse auf eine Weise verändern, die auch die Sozialdemokratie wieder auf einen Kurs zöge, der ihrem Namen entspricht. Auf diesem Weg sind viele Hürden zu nehmen, nicht zuletzt

1 Editorial zu *Argument* 256/2004, *Sich arm arbeiten? Das große Roll-back*, 338.

die der *political correctness* und des undialektischen Fundamentalismus. Erst recht gilt es, dem notorischen Sog der parlamentarischen Entfremdung von der Basis zu widerstehen. Verlangt ist jenes »Operierenkönnen mit Antinomien« (Brecht), das den Sozialismus-Gesprächen des InkriT als methodische Richtschnur zugrunde liegt. Es »könnte schon bald auf die Probe gestellt werden angesichts der Differenz linkskeynesianischer Orientierungen und der radikaleren Suche nach neuen Formen solidarischer Vergesellschaftung. Es wird sich herausstellen, dass es kein Zurück zur Epoche des Fließbands mit den sozialen Errungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Kämpfe gibt und dass die neuen Lösungen auf Grundlage der hochtechnologischen Produktionsweise gesucht werden müssen. Das heißt freilich nicht, dass die Gerechtigkeitsvorstellungen aufzugeben wären, die nicht nur mit der sozialistischen Gleichheitskonzeption, sondern auch mit der redistributiven Funktion des demokratischen Staates verbunden sind. Ihnen erneut zum Zuge zu verhelfen ist der Einsatz linker Politik.« (*Unterhaltungen über den Sozialismus*, Vorwort zur Internet-Ausgabe)

Der Wahlkampf überraschte mit einer kaum mehr für möglich gehaltenen Wiederkehr der Argumente. Hinter den Konterfeis mit den nichtssagenden Slogans (»Vertrauen in Deutschland« vs. »Deutschland hat Besseres verdient«) nach dem Muster der Waschmittelreklame trat plötzlich eine wirtschafts- und sozialpolitische Strategiedebatte hervor. Dies ist vor allem Gerhard Schröders Verdienst, der mit unbestreitbarer Kompetenz dem gegnerischen »Kompetenz-Team« auf den Leib gerückt ist. Die von Abermillionen am Bildschirm verfolgten Schaukämpfe gerieten zu einer wechselseitigen Verfolgungsjagd durch die Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten bzw. -folgen angesichts der ökonomischen Verhältnisse. Der Wahlkampf wurde zum antagonistischen Teach-In, und das Fernsehen näherte sich unversehens seinem Ideal an, die Gesellschaft teilnehmen zu lassen an den Auseinandersetzungen ihrer Gruppenexponenten. Wie die dramatischen Verschiebungen der Wahlergebnisse im Vergleich zu den Prognosen zeigen, muss dabei Millionen ein Licht aufgegangen sein, wo ihre Interessen liegen könnten bzw. wo auf keinen Fall.

Freilich war der Antagonismus, wie er in Rede und Gegenrede zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün zum Ausdruck kam, in der linken Hauptsache entkernt. Denn die vier – oder, zählt man CDU und CSU getrennt, fünf – Parteien, die das Telebild beherrschen durften, waren sich in den neoliberalen Grundlagen einig. Bereits die Hartz-IV-Reformen waren ja faktisch von einer informellen großen Koalition getragen. Nicht die Heilmittel waren zwischen den beiden Machtanwärttern umstritten, sondern bloß die Dosis. Dass es für die sozial Schwachen und die Lohnarbeitenden nach unten, für die Reichen nach oben gehen solle, war nicht kontrovers, nur das Ausmaß.

Das Scheitern des Mehrheitsstrebens beider Blöcke und das momentane Unentschieden zwischen ihnen ermöglichte es dem Chefökonom der *Financial Times Deutschland*, nach der Wahl, folgende Wahrheiten auf den Punkt zu bringen: »Vor zwanzig Jahren versprachen die führenden Ökonomen eine bessere Welt, wenn nur endlich die Inflation bekämpft werde – inzwischen liegt die Teuerung seit Jahren auf historischem Tief. Dann hieß es, dass Leistung sich wieder lohnen müsse und der Spitzensteuersatz dringend sinken – die Sätze fielen seitdem auf konkurrenzfähiges

Rekordtief. Mal lag die deutsche Krise an viel zu hohen Lohnabschlüssen, mal am fehlenden Niedriglohnsektor. Jetzt steigen die Löhne schon seit Jahren langsamer als in jedem anderen vergleichbaren Land der Welt, nach Schätzungen arbeiten 20 % der Erwerbstätigen heute für Niedriglöhne; nur jeder Zweite verdient sein Geld noch mit Normaljobs, die andern befristet, in Zeitarbeit, Ein-Euro- oder Minijobs. Von ultra-starrten Tarifverträgen kann vor lauter Tariffucht, Öffnungsklauseln und sonstigen Umgehungen kaum noch die Rede sein. [...] Die versprochene Wirkung blieb bislang aus.« (Fricke) Eine Grafik mit der Überschrift »Wunderrezept ohne Wunderwirkung« zeigt in Form eines X zwei gegenläufige Kurven: die »Lohnstückkosten«, berechnet auf Löhne pro Umsatzeinheit, sind zwischen 2001 und 2005 fast ununterbrochen gesunken, während die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Fricke hat daher Verständnis dafür, »dass das Volk so unartig gegen Großexperten und selbsternannte Wahrheitsverwalter gestimmt hat«. Keines der konkurrierenden Rezepte flößte genügend Vertrauen ein. Wenn, wie die Schwarz-Gelben nicht müde wurden, Rot-Grün um die Ohren zu hauen, pro Tag im Schnitt tausend Menschen ihre Jobs verlieren, weil die Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, dann lässt dies »das Jammern über Beschäftigte, die man nicht mehr los werde, für Nichtökonomern merkwürdig wirken« (ebd.). Wer überdies das Unheil verfolgt hat, das die tropischen Wirbelstürme in den USA dank der euphemistisch sogenannten Verschlangung des Staates anrichten konnten, wird auch von diesem Wunderrezept nichts Gutes mehr erwarten. Weniger Geld für die Instandhaltung der Dämme, insgesamt weniger Daseinsvorsorge, dafür mehr Militär, geht einher mit weniger Hegemonie, dafür mehr Herrschaft, im Innern nicht weniger als nach außen, wie der Grundrechteabbau in den USA zeigt.

II.

Die Linken haben also einen Sieg zu feiern. Sie sollten sich dennoch nicht täuschen: Rot-Grün war die deutsche Linksregierung unterm Neoliberalismus. Eine andere steht vorläufig noch in den Sternen, und was mit Aussicht auf Erfolg anders gemacht werden könnte, nicht weniger. Das Schicksal von Rot-Grün tritt deutlicher hervor, vergleicht man es unterm Gesichtspunkt der widersprüchlichen Handlungsmöglichkeiten und -folgen mit dem anderer Linksregierungen unterm Neoliberalismus. Dabei darf das Bench-mark-Denken nicht dazu verführen, diesen Vergleich auf neoliberale Erfolgsmuster wie Großbritannien, Holland oder Finnland usw. zu beschränken. Viel aufschlussreicher ist der Vergleich mit denen, die auf unterschiedliche Weise versuchen, den Konkurrenzverhältnissen, Finanzmächten und imperialen Akteuren des entfesselten Weltmarkts zumindest partiell etwas Alternatives abzutrotzen, wie es, wenigstens in Anflügen, selbst Rot-Grün versucht hat. So wichtig im übrigen das weithin ausstrahlende Zeichen ist, das die Verweigerung der Teilnahme am Irakkrieg gesetzt hat – es kann nicht die Beteiligung am nicht weniger völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg vergessen machen. »Rücktritt von der Sozialpolitik – Eintritt in den Krieg«, titelten wir damals (*Argument* 230/1999). Das markierte den Moment von Lafontaines Doppelrücktritt als Finanzminister und als SPD-Vorsitzender.

»Wurden sie geschubst, oder sind sie gesprungen?« Diese Frage, mit der Patrick Bond im vorliegenden Heft seine Kritik am abhängigen Neoliberalismus der südafrikanischen Linksregierung einleitet, stellt sich auch bei den Akteuren von Rot-Grün. Geschubste Springer sind sie allemal gewesen, wenngleich sie von ungleich besserer Position aus »springen« konnten als die Linksregierungen der Dritten Welt oder der Schwellenländer und der aufstrebenden Länder Asiens und Lateinamerikas. Die deutsche Wirtschaftsmacht speiste die Illusion, die mitbetriebene Dynamik zu beherrschen. Nicht alles war Illusion. Vom Standpunkt des zumeist transnational agierenden Exportsektors des deutschen Kapitalismus gebührt Rot-Grün zweifellos das Verdienst, das Land ein großes Stück weit an die Konkurrenzverhältnisse des neoliberal globalisierten Kapitalismus angepasst zu haben. Doch wenn der Exportüberschuss den Erfolg dieser »Modernisierung« zeigt, so der Arbeitsplätzemangel ihren Preis. Deutschland sollte Juniorpromotor jener neuen globalen Arbeitsteilung sein, die aus China die Fabrik und aus Indien das Software- und Call-Center der Welt gemacht hat, während der deutsche Maschinenbau seine Produkte dorthin verkauft. Freilich wird diese Arbeitsteilung nur transitorisch sein, denn die wissenschaftlich-technischen Aufholprozesse, die aus den »Billiglohnländern« High-Tech-Produzenten machen und sie zu preiswerter produzierenden Konkurrenten der deutschen Konzerne machen werden (sofern diese nicht eh in China produzieren lassen), sind bereits im Gange. Es gibt in diesem Wettlauf um Macht und um die Reichtümer dieser Welt nur verfolgte Verfolger.

Dass die neoliberalen Rezepte gegen Arbeitslosigkeit gescheitert sind, wurde von den etablierten Parteien unisono diskret beschwiegen und allenfalls von Oskar Lafontaine in den Randzeiten, die der Linkspartei zugestanden waren, ausgesprochen. Umstritten zwischen den beiden Wahlblöcken war einzig, ob noch mehr vom Gescheiterten in die Tat umzusetzen sei. Der anti-neoliberale Protest war damit aber in der öffentlichen Repräsentation weit mehr marginalisiert als in der Bevölkerung, was der Linkspartei zugute kam. Deren beide ebenso charismatischen wie verleumdete Sprecher, die diesem Protest, wo immer sie ins Bild und zu Wort kamen, Ausdruck verliehen, versäumten es andererseits, die neo-imperialen Prozesse des transnationalen High-Tech-Kapitalismus ins Bewusstsein zu heben, zu deren Auswirkungen die Arbeitslosigkeit in Deutschland und die Depression der Binnenkonjunktur des Exportweltmeisters gehören. Sie erweckten den Eindruck, es gäbe eine Rückkehr zum nationalstaatlich getragenen Sozialkeynesianismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Obgleich viele Widersprüche in Gestalt der Zielkonflikte staatlichen Handelns ganz aufklärerisch verhandelt wurden, beschränkte sich somit die konkrete Analyse der konkreten Situation und damit das politische Maßnahmen an den Bewegungsformen, Widersprüchen und Kräfteverhältnissen des transnationalen High-Tech-Kapitalismus auf dessen Epiphänomene und Epizentren. Die Kritik der politischen Ökonomie des konkreten Zustands blieb ein riesenhafter blinder Fleck.

Diese Abwesenheit hat Symptomcharakter. Bei Linken verrät sie das Zögern an der Schwelle zur Neuerfindung sozialer Politik auf der neuen Grundlage. Bei den rivalisierenden Machtblöcken weist sie auf eine ins Bewusstlose verdrängte Subalternität der deutschen (wie jeder anderen nationalstaatlichen) Politik im Verhältnis zu den

transnational-ökonomischen Prozessen und Herrschaftsmächten sowie zu deren imperialen, v.a. von den USA kontrollierten Dispositiven der Macht. Die Beflissenheit, mit der die politische Klasse die neoliberalen Lösungen herunterbetet, drückt jene »freudeschlotternde Zustimmung« aus, die Brecht im *Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui* vorführt. Das transnationale Kapital kann sich dem nationalstaatlichen Zugriff weitgehend entziehen. Seine Flucht ist ihm der beste Angriff, und die Krisenfolgen für die betroffenen Länder sind katastrophal. Es ist, als hätte das Wahlvolk tatsächlich gespürt, dass es bei den Machtkämpfen darum ging, wer die Gesetze des Weltmarkts und die Diktate des Finanzkapitals und der transnationalen Konzerne im Lande exekutieren würde. Diese Doppelfunktion, dass der von unten getragene Lokalchef dominantermaßen die Imperialmacht gegen seine eigene Basis vertritt, lässt sich gut mit dem mexikanischen Begriff des Kazikentums (*caciquismo*) fassen. Wie schon unter den Azteken pflegten auch im modernen Mexiko »die regionalen Machtbereiche als solche keineswegs beseitigt« zu werden, »wohl aber die älteren eigenständigen *cacicazcos* von gefährlichen Machtrivalen des Präsidenten vernichtet, wenn sich diese nicht als loyale Statthalter ins neue Machtssystem integrieren ließen« (Tobler 1984, 96). Mutatis mutandis verhält es sich analog im neoliberal globalisierten Kapitalismus unter der »imperialen Präsidentschaft« der USA (Saxe-Fernández). Wer aus liberal-parlamentarischen Wahlen als neuer Kazike, nun eben auf nationalstaatlicher Stufenleiter, hervorgeht, wird die imperialen Imperative gegen die eigenen Leute durchsetzen müssen, fieberhaft bemüht, dies einerseits zu vertuschen, andererseits es so zu praktizieren, dass er seine Wählerbasis wenigstens mit Subalternitätsgewinnen abspesen kann.²

III.

Um sich nicht an Illusionen zu berauschen ist es unabdingbar, sich Klarheit zu verschaffen über die Gründe des Scheiterns der rot-grünen Regierung. Gerhard Schröder wollte gemessen werden an den Erfolgen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Nun wurde er daran gemessen und von einer großen Mehrheit für unfähig befunden. Sein Einsatz im Wahlkampf hat zwar die SPD ein großes Stück weit aus dem Tal geholt und fast den Gleichstand mit der CDU/CSU erreicht, doch davor haben ihm schließlich nur noch acht Prozent der Befragten zugetraut, Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit zu haben.³ Der CDU bescheinigten dies auf ihrem trügerischen Höhenflug immerhin 28 Prozent, doch dies wohl eher aus einem halb resignierten »Wechselwillen« heraus, denn die Arbeitsmarktbilanz sah »nach sieben Jahren Rot-Grün für Schröder nicht schlechter aus als in den letzten Jahren der Ära Kohl« (Welter).

2 Robert Cox sah es schon Anfang der 90er Jahre kommen: »Der Staat wird zu einem Transmissionsriemen von der globalen zur nationalen Wirtschaft, während er bis dahin als das Bollwerk agiert hat, das die nationale Wohlfahrt vor externen Erschütterungen verteidigte.« (Cox 1992, 30f) In Wahrheit ist das keine Alternative, sondern ein unvermeidlicher Zielkonflikt, bei dem die Weltmarktinteressen eine Dominanzverschiebung erreicht haben. Der Nationalstaat ist zum Kaziken des Imperiums geworden.

3 Nur 12 bzw. 18 Prozent der Wähler glaubten, die SPD bzw. die CDU könnten die Renten sichern.

Wie also ist die Hauptursache der Niederlage von Rot-Grün, der Misserfolg im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zu begreifen? Den Schlüssel zur Beantwortung verspricht die Aufknotung des paradoxen Widerspruchs, dass zugleich mit den Exporten die Konkurse von Rekord zu Rekord eilen. Sieger am Weltmarkt mit Depression am Binnenmarkt – wie geht das zusammen? »Die größte Exportmacht exportiert weiterhin massenhaft Kapital und verlagert die Produktion in Länder mit niedrigeren Löhnen und geringerer Steuerbelastung« (Sotelo).

Schröder folgte den neoliberalen Rezepten. Die hauptsächlichlichen Heilmittel suchte er in der Generalmobilmachung zur Lohnarbeit und in der steuerlichen Entlastung der Großverdiener. Jene sollten den ökonomischen Arbeitszwang zu spüren bekommen, diesen sollte Lust dazu gemacht werden, jene einzustellen. Um in der globalisierten Konkurrenz mithalten zu können, sollte die Konkurrenz der Arbeitskräfte auf dem Binnenmarkt entfesselt werden. Das verkennt die beiden langfristig wirkenden und einander überdeterminierenden Grundtendenzen auf diesem Feld: Die entgrenzte globale Mobilität des Kapitals setzt eine unwiderstehliche Lohnkostensenkung in Gang, die erst am Niveau der ›Niedriglohnländer‹ ihre innere Grenze fände. Ein Lohngefälle von eins zu zwanzig drängt unter marktradikalen Bedingungen mit ungeheurer Wucht zum Ausgleich und saugt die Arbeitsplätze aus den Hochlohnländern ab. Die vielbeschworene Gegentendenz besteht darin, mit hochtechnologischen Innovationen die Arbeitsproduktivität zu forcieren. Dies bedeutet aber eine proportionale Senkung der Arbeitsnachfrage. Mit diesem Dilemma umzugehen, ist das Grundproblem aller Wirtschafts- und Sozialpolitik der entwickelten Länder.

Was also ist zu tun? Die bittere Erkenntnis lautet, dass eine antineoliberale Politik »in einem isolierten Land« kaum nennenswerten politischen Spielraum im Großen hat. Auch die Stärkung des Binnenmarktes durch Lohnerhöhungen und andere aus einer Reichensteuer zu finanzierende Leistungen, wie die Linkspartei sie fordert, würde – abgesehen davon, dass mit einer »Kapitalflucht mit katastrophalen Konsequenzen« zu rechnen wäre – nicht ohne weiteres neue Arbeitsplätze schaffen: »Die verfügbare Technologie erlaubt Produktionssteigerung ohne verstärkten Arbeitskräfte-Einsatz, zugleich kann der Import billigerer Produkte eine größere Binnennachfrage befriedigen« (Sotelo).

Noch weniger als Lohnerhöhungen würden freilich Lohnsenkungen, klammert man die privat-konsumtive Beanspruchung fremder Arbeitskraft aus, die Zahl der Arbeitsplätze dauerhaft vergrößern. Denn das Lohnniveau müsste sich dem konkurrierenden Minimalniveau etwa in China, das im Moment noch bei ca. 4 Prozent der deutschen Löhne liegt, zumindest annähern. Das Rennen auf dieses unerreichbare Ziel hin peitschen die neoliberalen Ideologen an. »Wer als Arbeitnehmer in einem solchen volatilen wirtschaftlichen Umfeld [...] auf den Arbeitsmärkten im Geschäft bleiben will, muss entweder besser, billiger oder schneller werden«, eiferte es im Beraterstab des (sozialdemokratischen) Wirtschaftsministers (Berthold). Und: »Grundsätzlich müssen sich die Arbeitnehmer selbst um ihr Humankapital kümmern.« (Ebd.) Wenn die neoliberalen Rezepte versagten, hieß es, sie seien nicht radikal genug befolgt worden: »Kündigungen sind zu erleichtern, befristete Arbeitsverträge zu erweitern,

Leiharbeit zu fördern, ertragsabhängige Entlohnungen zu forcieren.« Ferner »muss die betriebliche Regelungssperre fallen, die Tarifgebundenheit aufgelockert, die Allgemeinverbindlichkeit abgeschafft und die Nachwirkung von Tarifverträgen verkürzt werden« (ebd.). Solche Maßnahmen wirken für die Exportindustrie profitsteigernd, während sie den Binnenmarkt niederdrücken. Die Zahl dauerhafter Arbeitsplätze in technologieintensiven Bereichen werden sie schwerlich erhöhen. Von diesen Bereichen geht ja gerade die »hochtechnologische Arbeitslosigkeit« aus (vgl. dazu Haug 2004, 360; 2003, 127 u. 135).⁴ Was gut ist für die deutschen Konzerne, ist nicht mehr automatisch gut für den Konzern Deutschland.

Was in der Tat von der politischen Klasse insgesamt und von Gerhard Schröder im Besonderen nicht begriffen wird, ist die Entwicklungsphase, in der sich der Kapitalismus in Ländern wie Deutschland befindet. In Gestalt der Exportindustrie gewinnt die Verselbständigung der kapitalistischen Ökonomie gegen die Gesellschaft, deren Reproduktion sie der Ideologie zufolge dienen soll, handgreifliche Existenz. Dass das kapitalistische System eines Landes als Subsystem des Weltmarkts prächtig gedeiht, während es das eigene Land und dessen Staat der Stagnation überantwortet, dass mithin die globale Einklinkung sich als nationale Abkoppelung bemerkbar macht, ist eine der Formen, in denen sich eine historische Grenze des Kapitalismus manifestiert. Ein Entwicklungsboom à la China ist in Ländern wie Deutschland mit Kapitalismus nicht mehr zu machen. Auf dem Wege der Industrialisierung lässt sich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, stürmisch Mehrwert produzieren, realisieren und kapitalisieren, also Kapital akkumulieren – zumal wenn die Akkumulationskrise wie in China von der Staatspartei gleichsam kurzerhand »verboten« wird. Auch am Krieg lässt sich verdienen und nach ihm am Wiederaufbau, soweit dieser Profit abwirft. Doch in einer bereits hochentwickelten Gesellschaft geht das nur in engen Grenzen. Insofern hat der Begriff »Spätkapitalismus« doch seinen Sinn. Man muss ihn nur von der Assoziation befreien, er kündige das baldige Ende des Kapitalismus an. In Wirklichkeit vermag dieser so lange krisenhaft stagnieren, bis jene Grenze sich durch endogene oder exogene Anstöße verschiebt und neue Konjunkturen ermöglicht. Ein aktuelles Beispiel bieten die ökonomischen Folgen des Hurrikans »Katrina«. Es war, als überzöge die von Abgasen aufgeheizte Atmosphäre den Süden der USA mit der Verwüstung eines Kriegsgebietes der Dritten Welt. Obwohl das Haushaltsdefizit um Hunderte Milliarden Dollar zunehmen würde, spekulierte das Kapital prompt auf Wiederaufbau, und der Dollarkurs stieg. Innovationen wie der »CD-Player«, das »Handy«, die »Playstation« oder die elektronische

4 Ein Schritt auf einem endlosen Weg verdeutlicht das exemplarisch: Um mit Toyota und Honda konkurrieren zu können, wird Daimler-Chrysler in den USA mehr Roboter einsetzen. Diese können Werkzeuge binnen 42 Sekunden wechseln und sich auf andere Modelle umprogrammieren. Vier Modelle können so an ein und demselben Band montiert werden. Chrysler versucht, die Arbeitszeit pro Wagen von 35,85 Stunden 2004 auf unter 30 bis 2007 zu reduzieren. Toyota benötigt bereits jetzt nur 28 Arbeitsstunden, um in den USA ein Auto herzustellen. Bei gleichbleibender Arbeitszeit und Arbeitsintensität werden dadurch rund 15 Prozent der Arbeitsplätze bei Chrysler entbehrlich.

Kamera geben nicht viel mehr als konjunkturelle Strohfeuer her, zumal diese Güter ebenfalls entweder bereits in China hergestellt werden, dessen Ausfuhr bis zu einem Drittel aus elektronischen Produkten besteht, oder auf einer technologischen Basis erzeugt werden, die den Faktor lebendige Arbeit minimiert. »Insgesamt funktioniert hier der Kapitalismus nicht mehr in einer Weise, die der Bevölkerungsmehrheit die Teilhabe an den Entwicklungsmöglichkeiten gewährt. Alles spricht dafür, dass es sich nicht nur um eine Umstrukturierungskrise handelt, sondern um ein Problem, das durch alles Auf und Ab hindurch den Kapitalismus nicht mehr loslassen wird. [...] Die Dialektik von Nah- und Fernzielen wartet unter solchen Bedingungen mit einer Überraschung auf: Das Fernste ist das Nächstliegende. Um der Demokratie willen muss die Linke bestrebt sein, die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie in die Legitimationskrise des Kapitalismus zu überführen. Weil – *noch!* – keine Alternative zum Kapitalismus im Ganzen in Sicht ist, wird die sozialistische Einbettung der vielen Lösungen, die in irgendeiner Weise den Kapitalismus im Einzelnen überschreiten, zur Tagesaufgabe. Alle Politik wird zunehmend zu Politik an der Grenze des Kapitalismus.« (Haug 2005) An Überschreitungen fehlt es nicht. Ein gemeinsamer ›sozialistischer‹ Horizont aber, in dem die einzelnen Projekte an Kraft und Richtung gewinnen würden, zeichnet sich erst undeutlich ab.

Literatur

- Berthold, Norbert, »Eine neue Beschäftigungspolitik. Warum Rot-Grün auf dem Arbeitsmarkt Schiffbruch erleiden musste«, in: *FAZ*, 17.9.05, 15
- Cox, Robert, »Global Perestrojka«, in: *Socialist Register*, 1992
- Fricke, Thomas, »Zeit für den Expertenwechsel«, in: *Financial Times Deutschland*, 25.9.05, 31
- Haug, Wolfgang Fritz, *High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg 2003, 2. Aufl. 2005
- ders., »Arbeit im High-Tech-Kapitalismus«, in: *Das Argument*, 46. Jg., 2004, H. 3/4, 357-68
- ders., »Politik an den Grenzen des transnationalen High-Tech-Kapitalismus«, in: *Rote Revue – Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, 84. Jg., 2005, hgg. von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Sept.
- InkriT, *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden*, hgg. v. Wolfgang Fritz Haug u. Frigga Haug, Berlin-Hamburg usw. 2002; im Internet mit einer Vorbemerkung von 2005 unter www.inkrit.org
- Noelle, Elisabeth, »Es fehlt das Vertrauen«, in: *FAZ*, 21.9.05, 12
- Saxe-Fernández, John, »Mexiko und die imperiale Präsidentschaft der USA«, in: *Das Argument* 260, 47. Jg., 2005, H. 2, 169-77
- Sotelo, Ignacio, »Alemania, sin alternativa a la vista«, in: *El País*, 2.9.05, 6
- Tobler, Werner, *Die mexikanische Revolution*, Frankfurt/M 1984
- Welter, Patrick, »Die Probleme sind größer geworden«, in: *FAZ*, 17.9.05, 16